



Rundbrief September I 2023

Israels Oberster Gerichtshof hat schon immer die Apartheid befürwortet

Muhammad Shehada, newarab.com, 01.08.2023

Israelische Proteste gegen die Regierung stellen den Obersten Gerichtshof als Torhüter von Demokratie und Bürgerrechten dar. Für die Palästinenser:innen ist dasselbe Gericht ein Erfüllungsgehilfe von Israels Besatzung, Diskriminierung und Unterdrückung.

Wenn man sieht, wie jeden Samstag israelische Demonstrationen auf den Straßen von Tel Aviv stattfinden, die im In- und Ausland breite Unterstützung, Anerkennung und Lob finden, kommt vielen Palästinenser:innen sofort ein Vergleich in den Sinn.

Ironischerweise ist einer der Richter des Obersten Gerichts, Noam Sohlberg, selbst ein illegaler Siedler, der sich für eine mildere Behandlung israelischer Terroranschläge gegen Palästinenser einsetzt.

Vor nicht allzu langer Zeit, in den Jahren 2018 und 2019, gingen jede Woche Zehntausende Palästinenser:innen in Gaza auf die Straße und marschierten, unbewaffnet und mit nacktem Oberkörper, zum an den Staat Israel grenzenden Stacheldrahtzaun, um ihr Recht auf Leben und die Aufhebung der israelischen Besatzung zu fordern. Den beeindruckend gewaltlosen Protesten wurde mit einem unverhältnismäßigen und ungerechtfertigten Maß an tödlicher Gewalt begegnet, wobei die israelischen Soldaten Schüsse in die Menge von Demonstranten feuerten, 223 Palästinenser:innen töteten und über 36.100 verletzten. Darunter waren Sanitäter:innen, Journalist:innen, Kinder, Frauen und Menschen mit Behinderungen.

Bemerkenswerterweise war es genau derselbe Oberste Gerichtshof Israels, für dessen Schutz die Demonstranten in Tel Aviv jetzt mit aller Kraft kämpfen, der dem israelischen Militär vorbehaltlos grünes Licht gab, scharfe Munition auf palästinensische Demonstrationen abzufeuern. Der Oberste Gerichtshof weigerte sich sogar, sich Beweismaterial anzusehen, das die Erschießung unbewaffneter Zivilisten durch die Armee dokumentiert.

Dies ist einer der Gründe, warum die meisten Palästinenser:innen den israelischen Demonstrationen zum Schutz des Obersten Gerichtshofs und zur Aufrechterhaltung des Status quo keine nennenswerte Sympathie entgegenbringen. Genau dasselbe Gericht ist schon immer Israels Erfüllungsgehilfe für Besatzung, Diskriminierung und Unterdrückung der Palästinenser:innen gewesen.

Der Oberste Gerichtshof der Apartheid

Israelische regierungsfeindliche Demonstrant:innen haben versucht, den Obersten Gerichtshof als Torhüter der Demokratie, des Liberalismus und der Bürgerrechte darzustellen, während Befürworter der Justizreform von Benjamin Netanjahu behaupten, das Gericht sei „elitär“, „links“ und voreingenommen gegenüber israelischen Siedlern. Wenn es jedoch um die Palästinenser:innen geht, war der Oberste Gerichtshof vollkommen an der Legitimierung, Aufrechterhaltung und Förderung einer düsteren Realität beteiligt, die die größten Menschenrechtsgruppen der Welt als „Apartheid“ bezeichnen, die „die Rechte der Palästinenser zerschlagen“, wie der Direktor von *B'Tselem* sagte.

Bürger:innen des Gazastreifens in einem Freiluftgefängnis einzusperren wird gebilligt

Ein prominentes Beispiel hierfür ist die israelische Blockade der Luft-, Wasser- und Landflächen Gazas seit 2007, die die Enklave „unbewohnbar“ gemacht hat. Von Anfang an unterstützte der Oberste Gerichtshof Is-

raels die Regierungspolitik, die Strom- und Treibstofflieferungen nach Gaza zu drosseln, trotz der offensichtlichen Gefahren solcher Maßnahmen (z. B. für den Gesundheitssektor).

Tausende Petitionen zu Gaza wurden beim Obersten Gerichtshof Gaza eingereicht, aber das Gericht lehnte mehr als 99,9 % davon ab. Nur zwei Fälle wurden angenommen, einer im Zusammenhang mit einer Journalistin aus Gaza, die von der Armee in der Nähe des Zauns angeschossen wurde, um sie zur Behandlung ins Ausland zu verlegen, und ein anderer im Zusammenhang mit Brustkrebspatientinnen, denen die israelische Regierung die Behandlung außerhalb des Gazastreifens untersagte.

Grünes Licht für ethnische Säuberungen und staatliche Gewalt

Israels älteste Zeitung, Haaretz, bezeichnete den Obersten Gerichtshof als „Werkzeug der Besatzung“, da er die ethnische Säuberung der gesamten palästinensischen Gemeinde Masafer Yatta ganz klar zugunsten der Siedler genehmigte.

Das Gericht beschloss auch, das Dorf Khan al-Ahmar aufzulösen, ein Akt, der das besetzte Westjordanland in zwei Teile spalten und einen lebensfähigen palästinensischen Staat verhindern würde. Das Gericht ließ der Dorfbevölkerung die Wahl zwischen einer Umsiedlung an einen Ort neben einer Mülldeponie oder einem Schrottplatz.

Der Oberste Gerichtshof Israels ist maßgeblich an der faktischen Annexion der Westbank beteiligt gewesen, indem er Landraub, Siedlungsausweitung und die Einsperrung von Palästinensern in kleine Enklaven erleichterte und genehmigte. Er ließ auch Häuserzerstörungen zu und die Einbehaltung der Leichname toter Palästinenser:innen, Strafmaßnahmen der israelischen Politik der Kollektivstrafe, die ausschließlich gegen Palästinenser:innen ausgeübt wird. Ironischerweise ist einer der Richter des Obersten Gerichts, *Noam Sohlberg*, selbst ein illegaler Siedler, der sich für eine mildere Behandlung israelischer Terroranschläge gegen Palästinenser einsetzt.

Kriminalisierung von friedlichem Widerstand

Im Jahr 2015 fällte der Oberste Gerichtshof Israels ein wegweisendes Urteil zugunsten eines israelischen Anti-Boykott-Gesetzes, das es der israelischen Regierung erlaubt, „Geldstrafen zu verhängen oder Gelder von israelischen NGOs zurückzuhalten, die zum Boykott von Unternehmen in ganz oder Teilen Israels aufrufen“ einschließlich der Siedlungen im besetzten Westjordanland. In der Entscheidung des Gerichts wurden Boykotte gegen Israel als „politischer Terror“ eingestuft und die BDS-Bewegung mit Holocaustleugnern in Verbindung gebracht.

Auf der Grundlage eines israelischen Anti-Boykott-Gesetzes aus dem Jahr 2017 deportierte der Oberste Gerichtshof *Omar Shakir*, den Direktor von Human Rights Watch für Israel-Palästina im Jahr 2019 mit der Beschuldigung, öffentlich zu Boykotten gegen israelische Siedlungen aufgerufen zu haben.

Menschenrechtsexperten bezeichneten diese Gesetze als „eine bedenkliche Bedrohung der freien Meinungsäußerung“. Der Oberste Gerichtshof genehmigte ebenfalls die israelische Administrativhaft von Palästinensern ohne Anklage oder Gerichtsverfahren, eine Praxis, die Israel routinemäßig anwendet, um Palästinenser, darunter Politiker und Aktivisten, zu unterdrücken und zu bestrafen.

Schutz für Kriegsverbrecher

Viele prominente israelische Demonstranten haben deutlich gemacht, dass der Oberste Gerichtshof sie vor jeglicher wirkungsvollen Rechenschaftspflicht für mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schützt. Wie Israels ehemaliger Verteidigungsminister Moshe Yaalon es letzten April ausdrückte: „Sie wissen, dass es auf der ganzen Welt Haftbefehle und Klagen gegen IDF-Soldaten gibt. Was zwischen uns und der Vorladung von Politikern, Offizieren und Soldaten vor den Internationalen Strafgerichtshof steht, ist unser Oberster Gerichtshof.“

Der IStGH arbeitet nach dem Grundsatz der Komplementarität, was bedeutet, dass er sich nicht einmischt, wenn die unabhängige und kompetente Justiz eines Staates in gutem Glauben die Initiative ergreift, mögliche Kriegsverbrechen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, selbst wenn solche Ermittlungen und Prozesse lediglich zur Show sind. Beispielsweise hat der IStGH seine Untersuchung mutmaßlicher britischer Kriegsverbrechen im Irak eingestellt, obwohl er eine „vernünftige Grundlage für die Vermutung“ gefunden hatte, dass Gräueltaten begangen worden sein könnten, weil die britische Justiz die Initiative zur Untersuchung ergriff, allerdings ohne, dass wahrhafte Gerechtigkeit oder Rechenschaftspflicht gewährleistet wurde. Daher besteht die Gefahr, dass Netanyahus Untergrabung der israelischen Justiz diese in den Augen des

IStGH inkompetent macht, was es dem IStGH ermöglichen würde, Israelis zu verfolgen, die an möglichen Kriegsverbrechen beteiligt sind.

Netanyahus Koalition möchte mehr Grausamkeit

Trotz der Schlüsselrolle des Obersten Gerichtshofs bei der Unterdrückung, Enteignung und Unterwerfung der Bevölkerung unter Besatzung sieht die israelische Rechte darin ein Hindernis auf ihrem Weg, die Palästinenser vollständig zu „zerschlagen“ und jede Hoffnung auf einen palästinensischen Staat zu zerstören.

Das liberale und gemäßigte Lager Israels plädiert seit langem dafür, in Bezug auf die besetzten palästinensischen Gebiete in milden Tönen zu sprechen und vor Ort Realitäten zu schaffen. Beispielsweise ist die Ausweitung von Siedlungen seit fast sechs Jahrzehnten eine vom Obersten Gerichtshof unterstützte Staatspolitik, solange diese Ausweitung schrittweise und kalibriert erfolgte, um die internationale Gemeinschaft nicht zu erzürnen.

Die regierende rechtsextreme Regierung Israels ist jedoch offiziell dafür, die Zerstörung der Zwei-Staaten-Lösung voranzutreiben und zu beschleunigen und zeigt wenig Rücksicht auf die Meinung der internationalen Gemeinschaft. In diesem Sinne könnte der Oberste Gerichtshof die Politik bremsen, die die israelische Rechte hastig durchsetzen will. Tatsächlich hat der Architekt der Justizreform, Israels Justizminister Yariv Levin, deutlich gemacht, dass es bei der Aufhebung der „Vernunftsregel“ letzte Woche zum großen Teil um die Palästinenser:innen und die besetzten Gebiete ging. Die „Vernunftsregel“ ermöglichte es dem Obersten Gerichtshof, Regierungsentscheidungen zu blockieren, die ethischem Verhalten und vernünftigem Handeln widersprechen, und Levin wirft den „nicht gewählten“ Richtern des Gerichts vor, durch diese ihre Befugnis die Demokratie zu untergraben.

Die einzigen fünf Beispiele, die der Minister für die „negativen“ Auswirkungen der Vernunftsregel aufführte, betrafen jedoch ausschließlich die Besatzung und die Palästinenser. Dazu gehört die Aufhebung eines Verbots der Regierung für trauernde palästinensische Familien, an einer Koexistenz- und Friedensveranstaltung in Israel teilzunehmen, und die Verhinderung der Vertreibung von drei Palästinensern aus dem Westjordanland nach Gaza.

Was die israelische Rechte sich von der Untergrabung der Justiz verspricht, ist die uneingeschränkte Enteignung, Vertreibung und Unterwerfung der Palästinenser sowie die unbegrenzte Ausweitung der Siedlungen auf jedem Zentimeter der besetzten Gebiete. Beispielsweise nutzte der Oberste Gerichtshof Israels im Jahr 2020 einmal die Vernunftsklausel, um ein Gesetz aufzuheben, das den Bau von Siedlungen auf gestohlenem palästinensischem Privatland legalisierte. Die Aufhebung der Vernunftsklausel würde eine Wiederbelebung dieses Gesetzes ohne Hindernisse ermöglichen. Außerdem würde die Abschaffung der Vernunftsregel folgendes möglich machen: Deportation von Palästinenser:innen aus Ostjerusalem und dem Westjordanland in den Gazastreifen; Entzug der Staatsbürgerschaft israelischer Araber; Zerstörung palästinensischer Häuser; Wiedereinführung der Todesstrafe gegen Palästinenser; viele weitere Maßnahmen mit dem Ziel, die Palästinenser zu vernichten.

Muhammad Shehada ist ein palästinensischer Schriftsteller und Analyst aus Gaza und der Manager für EU-Angelegenheiten bei Euro-Med Human Rights Monitor.

Quelle: <https://www.newarab.com/analysis/israels-supreme-court-has-always-been-pro-apartheid>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Entnommen aus dem Infoblatt des Palästinakomitee Stuttgart vom August 2023"

Am 7. August hat Finanzminister Bezalel Smotrich 200 Millionen NIS (etwa 55 Millionen US-Dollar) für die wirtschaftliche Entwicklung palästinensischer Städte in Israel verweigert. Mehr noch, Smotrich hat angekündigt, Gelder zur Entwicklung von Ostjerusalem in Höhe von Hunderten von Dollars für fünf Jahre einzufrieren. Zur gleichen Zeit hat Smotrich mehr Geld für den Bau neuer illegaler Siedlungen angewiesen. Laut Amnesty wurden in Israel seit 1948 700 neue jüdische Gemeinden gegründet aber keine einzige 'arabische' (außer in der Negev, wo Beduinen zwangsumgesiedelt werden sollen). Die palästinensische Bevölkerung hat sich aber seit 1948 mehr als verzehnfacht!

Aus Mondoweiss:

Seit Anfang 2023 hat Israel mindestens 38 palästinensische Kinder getötet und fast 1000 verletzt, während 160 in israelischen Gefängnissen festgehalten werden. Seit Januar 2000 sind 2280 palästinensische Kinder getötet worden.

Soldaten und Siedler behindern SchülerInnen: Bisan erinnert sich an einen 7-jährigen Jungen, der von den Soldaten gezwungen wurde, über eine Stunde lang am Kontrollpunkt zu stehen, bis er in Ohnmacht fiel. Und nicht nur das - die Soldaten hinderten den Krankenwagen daran, ihn zu erreichen, wodurch sich die Ankunft des Jungen im Krankenhaus verzögerte.

OCHA(UN)-Bericht 8.-21.8.2023:

Die Zahl der im Westjordanland und in Israel von israelischen Streitkräften getöteten Palästinenser im Jahr 2023 (172) hat die Gesamtzahl der im Jahr 2022 getöteten Palästinenser (155) übertroffen, dem Jahr mit den meisten Todesopfern im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, seit 2005.

29 Israelis wurden bisher im Jahr 2023 im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und in Israel von Palästinensern oder bei palästinensischen Angriffen getötet, zusätzlich zu einem ausländischen Staatsangehörigen, verglichen mit insgesamt sechs Todesopfern im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2022.

Während des Berichtszeitraums wurden 559 Palästinenser, darunter mindestens 148 Kinder, von israelischen Streitkräften im Westjordanland verletzt, darunter 21 Personen durch scharfe Munition...Seit Jahresbeginn wurden insgesamt 705 Palästinenser von israelischen Streitkräften im Westjordanland mit scharfer Munition verletzt, fast doppelt so viele wie im Vergleichszeitraum 2022 (411).

Einladung

The Big Book Robbery – (Der Große Bücherraub)

Film mit anschließendem Erlebnisbericht vergleichbarer historischer Ereignisse und Familiengeschichte in Palästina von Nazih Musharbash und Diskussion

Am: Dienstag, den 19. September 2023; Um: 19.00 Uhr

Ort: Villa Sponte (Osterdeich 59b)

In diesem Film „Der Grosse Bücherraub“ wird chronologisch von der systematischen Plünderung von über 70000 palästinensischen Büchern durch den neugegründeten Staat Israel im Jahr 1948 erzählt. Der Dokumentarfilm geht in verschiedenen Handlungssträngen einer Struktur nach, die sowohl dramatisch fesselnd als auch emotional verstörend ist. Im Mittelpunkt stehen Interviews und Zeitzeugenberichte, die die Bücherdiebstahl-Affäre in einen größeren historisch-kulturellen Kontext stellen. Dabei wird die palästinensische Tragödie von 1948 neu beleuchtet und das moralisch-heroische narrativ des Krieges von 1948 widerlegt. Der Film dauert 57 Min. und eignet sich gut für die Aufarbeitung der Ereignisse der NAKBA im Gedenkjahr 2023 zu „75 Jahre NAKBA“, (der Katastrophe) der Vertreibung und dem Beginn der bis heute anhaltenden völkerrechtswidrigen Besetzung.

Einer der renommiertesten Neuen Historiker Israels Ilan Pappé formuliert es im Film deutlich: „70000 bis 750000 der vertriebenen Palästinenser:innen waren ziemlich reich, wenn man bedenkt, was sie an Geld und Vermögen hatten. Nichts ist davon übrig, nichts ...Die Israelis nahmen wirklich jeden mit, sie haben vielleicht nicht jeden ausgewiesen, aber sie haben auf jeden Fall dafür gesorgt, dass sie den Palästinenser:innen jeden Cent abnahmen, den sie besaßen, jedes Möbelstück...Es geht um die Identitätsauslöschung und die Verdrängung der Ereignisse von 1948“

Nazih Musharbash lebt seit 1965 in Deutschland. Geboren 1946 in Amman/ Jordanien verbrachte er seine Schulzeit bis zum Abitur in Bethlehem und Beit Jala (Palästina) im Internat der Evang.-Luther. Schulen. Er studierte in Oldenburg, unterrichtete als Lehrer Chemie und Biologie und war bis zu seiner Pensionierung Realschullehrer und Schuldirektor. Er war Mitglied des Rats der Stadt Bad Iburg und SPD-landtagsabgeordneter in Niedersachsen. Seit 2018 ist er Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e. V. . Er setzt sich für die Beendigung der israelischen Besetzung und einen eigenen Staat Palästina ein. Darüber hält er auch regelmäßig Vorträge.

Veranstaltet von: Deutsch-Palästinensische Gesellschaft Bremen e.V., Israelisches Komitee gegen Hauszerstörung (ICAHD), AK Nahost Bremen, Bremer Friedensforum, biz-Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung, Kairos Palästina Solidaritätsnetz Gruppe Bremen; .ViSdP.: Dr. Detlef Griesche (dr.griesche@gmx.de)

Ausstellung mit dem Titel „Neue Heimat in der Ferne?“

Wenn die neue Heimat nur in der Ferne liegen kann. Ursula Mindermann, Vizepräsidentin der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, lädt zur Ausstellung mit dem Titel „Neue Heimat in der Ferne?“ ein.

<https://www.wn.de/article/wenn-die-neue-heimat-nur-in-de-2822570>

Fotoausstellung im Rathaus zu Flucht und Vertreibung

Wenn die neue Heimat nur in der Ferne liegen kann

TELGTE. (plk). 75 Jahre Nakba – Flucht und Vertreibung aus Palästina – sind für Ursula Mindermann, Vizepräsidentin der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, Grund, mit den beiden Fotografen Najib Joe Hakim (USA) und Craig MacLean (Schottland) in Kooperation mit dem Verein „Zib – Zusammen ist besser – Verein für Völkerverständigung Telgte“ und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft eine Fotoausstellung im Rathaus Telgte durchzuführen: „Neue Heimat in der Ferne?“ lautet der Titel der Ausstellung, in der 18 Menschen, die oder deren Vorfahren ihre Heimat in Palästina verlassen mussten, vorgestellt werden.

Die Ausstellung besteht aus drei Bildern von Najib Joe Hakim, zwei Collagen von Craig MacLean sowie 15 Bildern von Ursula Mindermann. Zu sehen sind Porträts und Gedanken verschiedener Palästinenserinnen und Palästinenser, die in den USA, Schottland, Libanon und



Führen gemeinsam die Fotoausstellung im Rathaus durch: Der Verein „Zib – Zusammen ist besser – Verein für Völkerverständigung Telgte“, hier mit Dr. Arno Lott (Vorsitzener), und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft mit der Vizepräsidentin Ursula Mindermann.

Foto: Bernd Pohlkamp

Deutschland leben.

Zusätzlich informieren Informationstafeln darüber, was Verlust der Heimat für 750 000 Palästinenser bedeutete, die vor 75 Jahren aus Israel vertrieben wurden und wie sie eine neue Heimat ge-

funden haben. Fünf der porträtierten Menschen sind Zeitzeugen der Nakba 1948.

Zur Eröffnung der Ausstellung am 18. September (Montag) um 19 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, hält Ursula Mindermann einen Vortrag

über Heimat, den Verlust von Heimat, über das Leben nach der Flucht und den Alltag im Flüchtlingslager am Beispiel der aus Palästina geflohenen Menschen. Wie viele andere Flüchtlinge müssen sie eine neue Heimat aufbauen und

können nicht in ihre alte vertraute Heimat zurückkehren. Einer der Porträtierten, Nazih Musharbash, Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, sagt: „Ich habe drei Heimaten“. Er verließ Bethlehem, 1965 noch zu Jordanien gehörig, um in Deutschland zu studieren. Während seines Studiums wurde die Westbank 1967 komplett besetzt. Eine Rückkehr war ihm nicht mehr möglich. Musharbash steht am Eröffnungsabend zum Gespräch zur Verfügung.

Ursula Mindermann hat auf ihren über 20 Reisen nach Palästina und Libanon erfahren, unter welchen Bedingungen die Menschen dort leben und auch heute noch vertrieben werden, fliehen und eine neue Heimat finden müssen. Vortrag und die Fotoausstellung sollen dazu beitragen, die Sorgen und Gedanken geflüchteter Menschen besser verstehen zu können und was es heißt, eine Heimat zu haben, in die man zurückkehren kann.